

1901/J XXIII. GP

Eingelangt am 07.11.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Drⁱⁿ Sabine Oberhauser, Broukal
und GenossInnen
an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend
betreffend „drohender ÄrztInnenmangel durch nicht ausreichend zur Verfügung stehende
Studienplätze an den heimischen Medizinuniversitäten“

Die Studie zum Bedarf an Ausbildungsstellen für Studierende der Medizin, die im Auftrag der österreichischen Ärztekammer erstellt wurde, belegt eindeutig: Österreich wird in zehn Jahren mit einem massiven ÄrztInnenmangel konfrontiert sein (CHINI, L.W. (2007): Der langfristige Bedarf an Absolventen der österreichischen medizinischen Universitäten und seine Auswirkungen auf des Studienplatzangebot für Neustudierende im Bereich der Humanmedizin; WU-Wien). Schon jetzt gibt es in machen Bereichen einen Mangel an FachärztInnen, der sich noch weiter verstärken wird.

Jährlich werden an den heimischen Medizinuniversitäten ca. 1300 Studierende neu aufgenommen von denen 75% aus Österreich stammen müssen. Von den ausländischen Studierenden bleiben rund 1,5%, das sind ca. 16 Personen, nach ihrer Ausbildung zum/zur ÄrztIn in Österreich. Berücksichtigt man nun noch eine Drop-Out-Rate von etwa 20% kommt man auf rund 800 AbsolventInnen pro Jahr.

Dem gegenüber steht die demografische Entwicklung der ÄrztInnen, die zeigt, dass im Prognosezeitraum 2019 bis 2030 durchschnittlich rund 1600 ÄrztInnen pro Jahr in Pension gehen.

Sollten nicht rechtzeitig Maßnahmen ergriffen werden, fehlen ab 2019 also jährlich 800 neu ausgebildete ÄrztInnen, dessen Stellen durch ausländische ÄrztInnen besetzt werden müssten. Bis 2030 fehlen in Österreich dann rein rechnerisch 8800 ÄrztInnen - ob diese aus dem Ausland geholt werden können ist fraglich, stellt man auch in anderen europäischen Ländern einen ÄrztInnenmangel fest.

Damit kann eine flächendeckende Gesundheitsversorgung sicher nicht mehr aufrecht erhalten werden.

Die Europäische Kommission hat diesen Umstand wohl auch aufgrund des Schreibens der österreichischen Bundesregierung betreffend der MedizinerInnenquotenregelungen erkannt und deshalb das Verfahren gegen Österreich ausgesetzt.

Die Gesundheitsministerin hat die Auswirkungen dieser Entwicklung abzuschätzen um gezielt gegensteuern zu können.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten daher an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend nachstehende

Anfrage:

1. Kennen Sie Zahlen der Studie (CHINI, 2007) der österreichischen Ärztekammer zum Bedarf an Ausbildungsstellen für Studierende der Medizin?
 - a. Können Sie diese Zahlen bestätigen?
 - b. Liegen Ihnen andere Zahlen dazu vor?
2. Im Zeitraum von 2019 bis 2030 werden in Österreich insgesamt 8800 ÄrztInnen fehlen, welche Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung in Österreich würde dies haben?
3. Was werden Sie unternehmen, um die Ausbildung von ausreichend vielen MedizinerInnen zu garantieren um der drohende Unterversorgung von ÄrztInnen entgegenzuwirken?
4. Was halten Sie vom Vorschlag der Abgeordneten Oberhauser und Broukal, jährlich 50 Studienanfängerplätze an den drei medizinischen Universitäten neu zu schaffen (Wien: 25 Plätze, Innsbruck: 13 Plätze, Graz: 12 Plätze)?
 - a. Was spricht Ihrer Meinung nach dagegen?
 - b. Welche Vorgangsweise würden Sie dahingehend vorschlagen?
5. Was halten Sie vom Beschluss des OÖ Landtages, bei Bedarf das LKH-Linz in eine Universitätsklinik umzuwandeln und eine Medizinische Universität zu gründen?
 - a. Was spricht Ihrer Meinung nach gegen diesen Vorschlag?
 - b. Welche Vorgangsweise würden Sie dahingehend vorschlagen?